

FORTSETZUNG VON SEITE 1
„GEMEINGEFÄHR GROSSBANKEN“:

Aber bisher verschafft die schiere Größe der Geldkonzerne deren leitenden Managern auch so viel politischen Einfluss, dass sie alle Regulierungsversuche erfolgreich abwehren konnten. Als im vergangenen Juni mehrere US-Senatoren die Aufteilung der Megabanken in kleinere Einheiten vorschlugen, wurden sie von Kollegen aus der eigenen Partei überstimmt, die von den Wahlkampfspenden der Finanzindustrie abhängig sind. Selbst die von Präsident Barack Obama und dem früheren Notenbank-Chef Paul Volcker geforderte Trennung des staatlich versicherten Bankgeschäfts vom spekulativen Handel mit Wertpapieren und Fondsunternehmen wurde zu Fall gebracht.

Derweil gab es in Europa nicht einmal den Versuch, die Dominanz der Großbanken zu brechen. Zwar hatte Kanzlerin Merkel noch im September 2009 erklärt, „keine Bank“ dürfe mehr „so groß sein, dass sie wieder Staaten erpressen kann“ und betont, das sei „der wichtigste Punkt“. Doch über Klagen solcher Art kam die EU-Politik nicht hinaus. Im Zuge der Überschuldung Griechenlands erfahren die EU-Bürger nun, dass ihre Regierungen sich ein weiteres Mal von der Finanzindustrie erpressen lassen und diese nicht für ihre Fehlinvestitionen haften muss.

Erneut drohte die Bankenbranche, eine Insolvenz eines ihrer großen Schuldner – dieses Mal die des griechischen Staates – würde das europäische Finanzsystem gefährden. Und wieder übernahmen die Regierungen die Haftung für mehr als 100 Milliarden Euro ausstehende Schulden. Dabei haben die Gläubiger, vorrangig Banken und Vermögensverwalter, jahrelang „Risikoprämien“ in Form hoher Zinsen von Griechenland erhoben. Nun, wo das Risiko tatsächlich eingetreten ist, wird es auf die Steuerzahler der übrigen EU übertragen – ein Vorgang jenseits aller marktwirtschaftlichen Logik. Dabei ist Griechenland selbst keineswegs geholfen. Nach Ablauf des dreijährigen Programms wird die Staatsverschuldung sogar nach den offiziellen EU-Prognosen höher sein als zuvor und ein Schuldenerlass voraussichtlich unvermeidlich. Blüten müssen dann jedoch kaum noch die privaten Gläubiger, sondern die Staatshaushalte der übrigen EU.

HARALD SCHUMANN IST REDAKTEUR
DES BERLINER TAGESPIEGELS.

FORTSETZUNG VON SEITE 1
„LINGERECHT UND ÖKONOMISCH UNSINNIG“

– wissen die Privilegierten gar nicht mehr, wohin mit ihrem Geld. Sie stopfen ihr Kapital in Finanzanlagen und produzieren damit neue Blasen. Auch jetzt ist schon wieder zu beobachten, dass viele Anlageobjekte gefährlich überbewertet sind. Dies gilt vor allem für Aktien, Gold und Staatsanleihen.

Während die Vermögenspreise nach oben schießen, droht weltweit die nächste Rezession. In den USA ist die Gefahr eines Abschwungs bereits so akut, dass Präsident Obama ein zweites Konjunkturpaket auflegen will. Seine Maßnahmen sind kurzfristig richtig und langfristig doch meist falsch. Denn es wiederholt sich ein Muster, das schon in der ersten Runde der Konjunkturpakete zu besichtigen war – ob in Europa oder in Amerika. Weil die Zeit drängte und der Absturz drohte, wurden Ad-hoc-Pakete geschürt. Staatliche Milliarden flossen in die bestehende, oft überalterte Industrie. Legendar ist etwa die deutsche „Abwrackprämie“, die sich nicht nach dem CO₂-Ausstoß der Autos richtete. Sie war typisch für deutsche Politik: Der Staat steckte rund 100 Milliarden Euro in seine Konjunkturpakete, doch davon waren ganze 13 Prozent ökologisch sinnvoll. Und selbst diese mickrige Zahl schönt die Regierungspolitik noch, denn weitere acht Prozent der Maßnahmen waren ökologisch kontraproduktiv.

Die jetzige Politik weist drei Fehler auf: Sie pappelt die Reichen, spart bei den Armen und erzeugt Blasen auf den Vermögensmärkten. Umverteilung ist also nötig. Aber es reicht nicht, nur die Steuern auf Einkommen und Vermögen anzuheben. Man muss das Geld in eine nachhaltige Zukunft investieren. Deutschland wird neue Konjunkturpakete brauchen – aber eine Abwrackprämie sollte diesmal nicht dabei sein.

ULRIKE HERRMANN IST WIRTSCHAFTSREDAKTEURIN
DER TAGESZEITUNG TAZ.

„Der Staat muss mit der Finanzlobby brechen“

Ein Gespräch mit dem grünen Europaabgeordneten Sven Giegold und Ulrich Müller von LobbyControl

FCD Welche Rolle spielte die Finanzlobby bei der Entstehung der Krise?

Müller Die Finanzlobby hat vor der Krise die Regeln für die Finanzmärkte aufgeweicht

und dabei selbst an Gesetzen mitgeschrieben wie dem Investmentmodernisierungsgesetz. Das Gesetz ließ Hedgefonds in Deutschland zu und gewährte der Finanzbranche Steuererleichterungen von mehreren Hundert Millionen Euro im Jahr. In der Krise haben die Banken die Rettungsmaßnahmen mitgestaltet, und jetzt wehren sie sich gegen schärfere Regulierungen. Etwa beim Kampf gegen strengere Eigenkapitalregeln, da spielt die Deutsche Bank eine wichtige Rolle.

FCD Wie sieht das aus?

Müller Josef Ackermann ist Vorsitzender des „Institute of International Finance“, das ist die globale Lobbyorganisation der Finanzbranche. Das IIF hat mit übertriebenen Horrorszenarien in den letzten Monaten Druck

gemacht, dass die Banken ihre spekulativen Geschäfte mit nicht so viel eigenem Kapital unterlegen müssen wie geplant.

FCD Herr Giegold, wie erleben Sie die Situation konkret als Europaabgeordneter?

Giegold In Brüssel gibt es ein krasses Ungleichgewicht in der Finanzpolitik. Banken, Versicherungen und Fondsinvestoren sind stark präsent, während es gemeinwohlorientierte Lobbyisten praktisch nicht gibt. Es wäre naiv anzunehmen, das hätte keinen Einfluss.

Die intensivste Lobby-Attacke, die ich bisher erlebt habe, richtete sich gegen strengere Regeln für Hedgefonds und andere Investmentgesellschaften. Im Ausschusssaal war es schwer, noch Raum zu finden. Sogar der FDP-Kollege beschwerte sich öffentlich über das massive Auftreten. Und die Lobbyisten bedrängen nicht nur das Europaparlament, sie sitzen auch in den Expertengruppen der EU-Kommission und können so frühzeitig die

Sicht der Finanzindustrie einbringen.

Müller Leider hat diese Dominanz der Finanzlobby die Krise bis heute fast unbeschadet überdauert. So hat die Bundesregierung in der Krise eine Expertenkommission eingesetzt, die neue Vorschläge für die Kontrolle der Finanzmärkte ausarbeiten sollte – und sie war voller Leute mit engen Verbindungen zur Finanzbranche. Geleitet wurde sie von Otmar Issing, einem ehemaligen Bundesbanker, der heute Berater von Goldman Sachs ist.

Giegold Auf EU-Ebene war die Situation leider ähnlich, aber die Debatte über den übermäßigen Einfluss der Finanzbranche ist in den letzten Monaten stärker geworden.

FCD Wie waren die Reaktionen auf Ihre Kritik an der Finanzlobby?

Giegold Vor allem haben wir es mit Kritik nicht bewenden lassen. Gemeinsam mit meinem französischen Kollegen Pascal Canfin habe ich eine Initiative zu einer finanzmarktkritischen Gegen-Lobby „Finance Watch“ in Brüssel gestartet. Dafür haben wir Unterstützung in allen politischen Lagern gefunden.

Müller Gegengewichte wie Finance Watch sind wichtig, aber der Staat müsste selbst unab-

hängige Expertise stärker fördern. Und er muss endlich mit der Finanzlobby brechen.

FCD Wie kam das aussehen?

Müller Der Staat sollte sich aus gemeinsamen Lobbygruppen wie der „Initiative Finanzstandort Deutschland“ zurückziehen, Expertengremien ausgewogen besetzen und Karenzzeiten einführen, damit Politikerinnen nicht nahtlos in Lobbyjobs wechseln können. Zudem brauchen wir verpflichtende Transparenzregeln für Lobbyisten in Brüssel und Berlin.

Giegold Wir brauchen eine Doppelstrategie: gemeinwohlorientierte Kräfte stärken und illegitimen Einfluss von mächtigen Partikularinteressen schwächen. Dazu können wir als Gesetzgeber Entscheidendes leisten.

FCD Was sind Ihre nächsten Projekte zum Thema Finanzlobby?

Müller Bei den „Worst EU Lobbying Awards“ stehen ab Oktober Negativfälle der Finanzlobby

zur Online-Abstimmung. Außerdem arbeiten wir an einem speziellen Lobbyismus-Wiki im Internet. Die „Lobbypedia“ soll insbesondere über die Finanzlobby aufklären.

FCD Herr Giegold, wie geht es bei Ihnen im Herbst weiter?

Giegold Die Auseinandersetzung um die Regulierung der Finanzmärkte tobt in Brüssel mit voller Energie. Es stehen zirka 30 Gesetzgebungsprojekte an. Außerdem freue ich mich auf das erste Treffen zur Gründung von „Finance Watch“ Ende September.

FCD Danke für das Gespräch.

Sven Giegold ist Mitbegründer von Attac und seit 2009 Europaabgeordneter für Bündnis 90/ Die Grünen. **Ulrich Müller** ist seit 2005 Geschäftsführer der Initiative LobbyControl. 2004 haben beide gemeinsam den Kongress **Gesteuerte Demokratie?** organisiert.



Ulrich Müller



Sven Giegold

Tückische Partnerschaften

Banken treiben Ausverkauf der öffentlichen Güter voran

VON WERNER RÜGEMER, KÖLN

Die öffentliche Infrastruktur – etwa Verkehr, Gesundheit, Schulen – ist in so genannten Entwicklungsländern, aber auch in „entwickelten“ Industrieländern stark erneuerungsbedürftig. Gleichzeitig sind die Staaten überschuldet. Seit etwa einem Jahrzehnt durchdringen Banken und ihre Berater (Ratingagenturen, Wirtschaftsprüfer) die Infrastruktur als neue „asset class“, als neuen Finanzierungs- und Anlagebereich. Weltbank und Europäische Investitionsbank (EIB) fördern das. Zu den inzwischen weltweit eingesetzten Instrumenten gehört auch Public Private Partnership (PPP).

Bei PPP bieten die Investoren ein „Rundum-sorglos-Paket“ an: nicht nur Sanieren und Bauen, sondern vor allem auch Betreiben und Finanzieren von Schulen, Krankenhäusern, Gefängnissen, Straßen und ähnlichem. Die Verträge laufen meist 30 Jahre, der Staat zahlt eine jährliche Miete. Der Investor – in der Regel ein Bau- oder Energiekonzern wie Hochtief, Bilfinger Berger oder Veolia – tut sich mit einer Bank zusammen. Die legt einen Immobilienfonds auf und gibt dem Baukonzern

die Kredite. Damit gehen die gesamten Finanzierungskosten – nicht nur Zinsen, sondern auch die Kosten für Steuerberatung, Kreditvermittlung und die Suche nach Anlegern – in die Miete ein.

Bei PPP verkauft der Investor in der Regel einen Teil der Mieterforderungen an die Bank. Die macht damit noch einmal ein Geschäft und bekommt eine beherrschende Stellung. Dieses Vorgehen heißt „Forfaitierung mit Einredeverzicht“: Die Bank zahlt dem Investor den heutigen (abgezinsten) Wert der Forderungen aus; im Gegenzug erklärt die öffentliche Hand, dass sie auch bei Schlechtleistung des Investors zunächst die Miete nicht kürzt (Einredeverzicht), die nun an die Bank zu zahlen ist.

In Deutschland ist das Finanzierungsgeschäft bei PPP weitgehend in der Hand der maroden Landesbanken. Besonders aktiv sind die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), die WestLB, die HSH Nordbank und die NordLB. Sie operieren oft über Tochtergesellschaften wie die Süde leasing GmbH, die der LBBW gehört.

WERNER RÜGEMER IST
SACHBUCHAUTOR UND BERATER.

ANZEIG

JETZT ERHÄLTlich: DIE DVD ZUM BANKENTRIBUNAL

mit Harald Schumann, Ulrike Herrmann, Georg Schramm, Urban Priol und vielen anderen

DAS BANKENTRIBUNAL
...WEIL DIE KRISE SYSTEM HAT

Bestellen im Webshop unter: www.attac.de

Na ja, eigentlich leben wir ganz gut hier: Schön warm, wenig Arbeit. Lästig nur, dass wir immer noch für diese Hypo-Real-Dings-Bank zahlen müssen ...

In einer unsicheren Welt ist eines auch in ferner Zukunft sicher: Unsere Schulden sind Ihre Schulden.

Hypo Real Escape
HOLDING